

Schul|Bank

Informationsdienst für Schule und Lehrer

02/2010

Schul|Bank auf der didacta!

Das Schul|Bank-Angebot des Bankenverbandes wird auch in diesem Jahr wieder auf der Bildungsmesse didacta vertreten sein. Vom 16. bis zum 20. März freuen wir uns, Sie auf dem Kölner Messegelände in der **Halle 6.1, Stand C020** begrüßen und mit Ihnen

ins Gespräch kommen zu können. Dabei werden wir unter anderem die in Kürze erscheinende Broschüre „Wie? Wirtschaft erleben 4“ sowie den Ende letzten Jahres neu und aktualisiert herausgegebenen Ordner „Wirtschaft – Materialien für den Unterricht“ präsen-

tieren. Des Weiteren wird das Bankenspielspiel „SCHUL/BANKER“ auf dem Stand des Bundeswirtschaftsministeriums vorgestellt (Halle/Stand:10.1/E050/G051). Eine spezielle Präsentation dieses Schülerwettbewerbs findet am 19. März, um 10.55 Uhr, statt. ■

Unternehmen kehren zurück

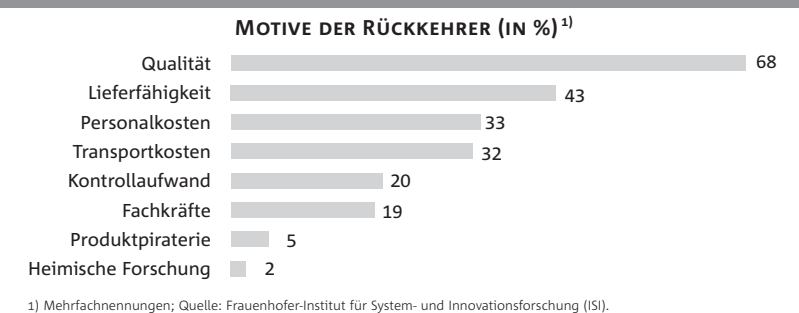
Deutsche Unternehmen, die Produktionsstätten ins Ausland verlagern, um dort kostengünstiger zu produzieren, sind ein geläufiges Bild der Globalisierung. Diese Internationalisierung der Wertschöpfungskette wird allerdings oftmals kritisch gesehen, da aufgrund des hohen Lohnniveaus in Deutschland ein massenhafter Exodus deutscher Industrieunternehmen befürchtet wird. Übersehen wird dabei allerdings, dass die (Teil-)Auslagerung der Produktion häufig der Erschließung neuer Märkte geschuldet ist und auch dazu dient, die Wettbewerbsfähigkeit des in Deutschland verbleibenden Unternehmensteils zu sichern. Und was mitunter ebenfalls aus dem Blick gerät: Der deutsche Wirtschaftsstandort ist trotz hoher Lohnkosten von großer Attraktivität für die Unternehmen.

Dies wird gegenwärtig auch daran deutlich, dass die Zahl derjenigen Indus-

triebetriebe, die Teile ihrer Produktion ins Ausland verlegen, gesunken ist, während zugleich die Zahl der Unternehmen zugenommen hat, die in die Heimat zurückkehren. So ist die Verlagerungsquote zwischen 2004/2006 und 2007/2009 um 40 Prozent gefallen. Und erstmals überhaupt gingen die Verlagerungen während einer Wirtschaftskrise zurück. Das zeigt eine jüngst veröffentlichte Studie des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung (ISI) im Auftrag des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI).

Inzwischen kommt auf ein verlagerndes Unternehmen ein Rückkehrer. Hauptmotiv für die Rückkehr in die Heimat sind Qualitätsmängel der im Ausland hergestellten Produkte, die auch ein Ergebnis der meist niedrigeren Qualifikation des Personals an den Produktionsstandorten sind. Lieferprobleme der ausländischen Fabriken, hohe Transportkosten sowie steigende Löhne mindern zusätzlich die Attraktivität so mancher ausländischer Standorte und machen in vielen Fällen eine Rückkehr nach Deutschland lohnenswert. ■

WARUM DEUTSCHE UNTERNEHMEN ZURÜCKKEHREN



1) Mehrfachnennungen; Quelle: Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI).

LEKTÜRE-TIPP



Ulrike Ackermann (Hrsg.): Freiheit in der Krise? Der Wert der wirtschaftlichen, politischen und individuellen Freiheit, Humanities Online, Frankfurt am Main 2009, 163 Seiten, 19,80 Euro, als E-Book (pdf): 9,80 Euro

Zu diesem Sammelband des John Stuart Mill Instituts für Freiheitsforschung in Heidelberg haben elf Autoren Beiträge geliefert, die sich mit dem Zustand und den Aussichten der Freiheit in unserem Land befassen. Dabei wird ein weiter Bogen gespannt: von den Ursachen der Finanzmarktkrise, über das mitunter gespannte Verhältnis von Freiheit und Gerechtigkeit bis hin zu den aktuellen Gefahren und Bedrohungen für die Freiheit des Einzelnen. Das Buch lebt von dieser Vielseitigkeit und den mitunter auch sehr biografisch geprägten Texten der Autoren, die zudem knapp und leserfreundlich gehalten sind. Wer sich für Freiheit im Denken, in der Wirtschaft und in der Politik interessiert und eine geistreiche Lektüre schätzt, der wird bei diesem Band voll auf seine Kosten kommen. ■

Mehr Abwanderer als Zuwanderer

2009 sind weniger Menschen nach Deutschland eingewandert als fortgezogen – so die ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamtes. Nachdem schon 2008 der Wanderungssaldo erstmals seit der Wiedervereinigung negativ war, geht die Behörde in Wiesbaden nach derzeitigem Stand von einem Minus von 20.000 bis 70.000 Personen im vergangenen Jahr aus. Die Gründe hierfür sind vor allem in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation und der hohen Unsicherheit am Arbeitsmarkt zu suchen, durch die die Zuwanderung für Arbeitsmigranten unattraktiver geworden ist. Dies gilt insbesondere für Migranten mit mittleren und geringen Qualifikationen, die das Gros der Einwanderer stellen. Die Zahl der Arbeitserlaubnisse für die recht kleine Gruppe der hoch qualifizierten Ausländer dürfte demgegenüber im Vorjahr gestiegen sein. Einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung aus dem Jahr 2008 zufolge liegt die berufliche Qualifikation von Ausländern in Deutschland nicht nur deutlich unter der von Zuwanderern in den USA oder Kanada, sondern auch unter dem durchschnittlichen Niveau in ihren Herkunftsländern. ■

Unternehmer optimistisch

Die Spitzenvertreter der deutschen Wirtschaft waren Ende letzten Jahres überzeugt davon, dass sich die Lage ihrer Unternehmen und der Wirtschaft insgesamt verbessern werde. Das lässt sich zumindest am Handelsblatt Business-Monitor ablesen: Zwei Drittel der befragten 783 Manager rechnen damit, dass ihre Geschäfte in den kommenden zwölf Monaten im Inland „besser“ (29 Prozent) oder zumindest „genauso gut“ (45 Prozent) laufen werden wie im Vorjahr. Ebenso viele sind optimistisch, dass sich ihr Exportgeschäft positiv entwickeln wird – hier ist der Anteil derjenigen, die bessere Geschäfte erwarten, mit 45 Prozent sogar noch deutlich größer als die Gruppe derer, die mit unverändert guten Geschäften rechnet (29 Prozent). Dies dürfte allerdings auf den besonders großen Einbruch im Exportgeschäft zurückzuführen sein.

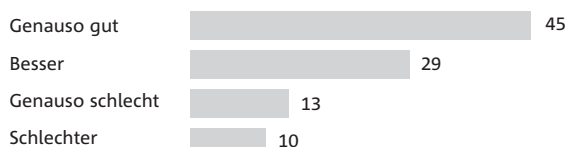
Passend zu diesem Optimismus hat sich

der Geschäftsklimaindex des Münchener ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung im Januar deutlich verbessert und stieg auf 95,8 Punkte, nachdem er im Vormonat bei 94,6 gelegen hatte. Das ifo-Institut verwies darauf, dass sich die gegenwärtige Geschäftslage der Unternehmen weiter entspannt habe. Hinsichtlich der Geschäftsentwicklung im kommenden halben Jahr seien die befragten Firmen zuversichtlicher als bislang. Mit dem zehnten Anstieg in Folge erreichte das Geschäftsklima damit den höchsten Stand seit Juli

2008. Mit Blick auf die einzelnen Sektoren hielten die Münchener Wirtschaftsforscher fest, dass sich das Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe merklich verbessert habe. Die Unternehmen aus diesem Bereich bewerteten ihre Geschäftslage damit zum achten Mal in Folge weniger schlecht. Im Bauhauptgewerbe verbesserte sich das Geschäftsklima sogar kräftig. Auch im Großhandel wurde eine Aufhellung des Geschäftsklimas ausgewiesen, während sich die Stimmung im Einzelhandel leicht eintrübte. ■

UNTERNEHMENSENTWICKLUNG

WIE WIRD SICH DAS GESCHÄFT IHRES UNTERNEHMENS IM INLAND IN DEN NÄCHSTEN ZWÖLF MONATEN ENTWICKELN? (ANGABEN IN %) ¹⁾



Handelsblatt-Befragung unter 783 Top-Managern vom 20. Oktober bis 4. November 2009.
 1) Differenz zu 100 % = keine Angabe. Quelle: Economy.one GmbH.

Wie sich die Parteien finanzieren

Die Parteien erfüllen in unserem demokratischen System eine wichtige stabilisierende Funktion und sind aus dem politischen Leben nicht wegzudenken. Wie aber finanzieren sie ihre Arbeit? Ein Blick auf die im Bundestag vertretenen Parteien zeigt, dass die Mitgliedsbeiträge in der Regel den größten Posten darstellen. Der Anteil an den Gesamteinnahmen schwankt dabei zwischen 29 und 50 Prozent, wobei die Beiträge von den Mandatsträgern mit eingerechnet sind. Nur bei der FDP liegt

der Anteil der staatlichen Mittel höher als der Anteil der Mitgliedsbeiträge. Aus der jährlichen staatlichen Teilfinanzierung, die 1994 die Wahlkampfkostenerstattung ersetzt hat, bestreiten die Parteien im Durchschnitt mehr als 30 Prozent ihres Budgets. Maßstäbe für ihre Höhe sind dabei einerseits die Erfolge der Parteien bei Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen, andererseits die Höhe der rechtmäßig erhaltenen Spenden von höchstens 3.300 Euro. Hat eine Partei bei einer Europa- oder Bundes-

tagswahl 0,5 oder in einer Landtagswahl 1 Prozent der Stimmen erhalten, werden ihr bis zu einer Stimmzahl von 4 Millionen 85 Cent je Stimme überwiesen, oberhalb dieser Zahl 70 Cent je Stimme. Für Spenden unterhalb von 3.300 Euro wiederum schießt der Staat noch einmal 38 Cent je Euro als Zuwendungsanteil hinzu.

Losgelöst von den Zuschüssen durch den Staat stellen die Parteispenden einen weiteren relevanten Einnahmeposten dar, wobei die jeweilige Bedeutung allerdings von Partei zu Partei unterschiedlich ist. Wichtig in diesem Zusammenhang: Parteispenden, die über den Betrag von 10.000 Euro hinausgehen, müssen in den Rechenschaftsberichten der Parteien einzeln mit dem Namen des Sponsors aufgeführt werden. Was den Posten „sonstige Einnahmen“ anbelangt, so finden sich hierunter insbesondere Einnahmen aus Veranstaltungen und Vertrieb, aus Unternehmenstätigkeiten und Beteiligungen sowie aus dem jeweiligen Vermögen der Parteien. ■

EINNAHMEN DER PARTEIEN						
IM JAHR 2007 IN MIO €, RELATIV IN %						
insgesamt Mio €	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Die Linke
157,0	142,5	43,5	31,7	26,1	22,4	
davon in %						
Mitgliedsbeiträge ¹⁾	44,1	42,0	29,7	28,9	42,3	49,9
staatliche Mittel	27,7	31,4	24,7	31,5	38,6	
Spenden	6,7	13,4	24,6	22,3		39,3
sonstige Einnahmen	21,5	13,2	21,1	17,3	12,3	6,9
					6,9	3,9

1) Einschließlich Mandatsträger. Rundungsbedingte Differenzen. Quellen: Deutscher Bundestag, Rechenschaftsberichte der Parteien.

FINANZMÄRKTE IM BLICK



Die griechische Misere

Ein Land hält gegenwärtig die Anleger, vor allem aber die anderen Mitgliedstaaten der Euro-Zone in Atem: Griechenland. Der Mittelmeerstaat hat sein Haushaltsdefizit 2009 von 6 auf 12,7 Prozent erhöht und auch aufgrund seiner wiederholt geschönten Haushaltsbilanzen viel Vertrauen an den Kapitalmärkten und innerhalb der EU verspielt. Nachdem sich jetzt fast alle Staaten auf der Welt im Kampf gegen den Konjunkturerinbruch stark verschuldet haben und Anleger brauchen, die ihnen Geld leihen, fällt Griechenlands Schwäche besonders ins Gewicht. 50 Milliarden Euro muss das Land in diesem Jahr am Kapitalmarkt aufnehmen, um fällig werdende Anleihen abzulösen und neue Schulden zu refinanzieren. Die Nervosität ist groß, dass Griechenland keine Geldgeber findet.

Die enttäuschende fünfjährige Anleiheemission über 8 Milliarden Euro in der letzten Januar-Woche

hat denn auch deutlich gemacht, auf welche Schwierigkeiten das Land gegenwärtig stößt. Zwar hatten die Investoren 25 Milliarden Euro nachgefragt, aber Griechenland musste auch einen Zinskupon von 6,1 Prozent bieten. Die Rendite zehnjähriger Anleihen schnellte nach der Platzierung des jüngsten Schuldtitels auf 7,16 Prozent in die Höhe – im Vergleich dazu liegt die Rendite deutscher Bundesanleihen bei 3,19 Prozent. Die Gefahr besteht nun, dass sich die hoch verschuldeten Länder – zu ihnen zählen auch Italien, Spanien, Portugal und Irland – immer kurzfristiger und immer teurer refinanzieren müssen und dadurch ihre Schuldensituation weiter verschlechtern. Verschiedene Beobachter halten es sogar für möglich, dass Griechenland seinen Zugang zu den Kapitalmärkten verliert und dass dann eine internationale Rettungsaktion erforderlich wird. Um ein derartiges Szenario abzuwenden und die

Märkte zu beruhigen, hat die EU-Kommission Griechenland unter ihre finanzpolitische Kuratel gestellt und der Athener Regierung ein rigoroses Kürzungsprogramm verordnet. Allerdings birgt eine rigide Sparpolitik auch das Risiko, den nun erforderlichen wirtschaftlichen Aufschwung abzuwürgen.

Die Sorgen um Griechenland haben dazu beigetragen, dass sich der US-Dollar gegenüber dem Euro weiter erholen konnte. Ende Januar stand der Euro bei unter 1,40 Dollar und kostete damit mehr als 10 Cent weniger als noch acht Wochen zuvor. Neben der finanzpolitischen Misere in einigen Euro-Staaten werden auch die besseren Wachstumszahlen in den USA als wichtiger Grund für die Prognose genannt, dass die Talfahrt des Dollars nach der Lehman-Pleite (Oktober 2008) endgültig vorbei ist. ■



IM FOKUS

Noch mehr Freihandel – Integrationsbemühungen in Asien

In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten haben viele asiatische Volkswirtschaften mit beispiellosen Wachstumsraten den Sprung vom Entwicklungs- zum Schwellen- oder Industrieland geschafft. Anders allerdings als in Europa spielte der freie Handel innerhalb Asiens dabei lange Zeit keine Rolle, im Gegenteil: Die Staaten haben sich eher hinter ihren eigenen Mauern verschanz, als dass sie sich gegenüber ihren Nachbarn geöffnet hätten. Erst seit vergleichsweise kurzer Zeit versuchen die Länder der Region, das Potenzial, das im Freihandel und der regionalen Integration steckt, stärker zu nutzen. Zu Beginn dieses Jahres ist eine Freihandelszone zwischen China und sechs südostasiatischen Volkswirtschaften in Kraft getreten. Zentraler Antreiber aller regionalen Kooperationsbemühungen ist der Staatenbund ASEAN.

Die Gemeinschaft südostasiatischer Staaten (ASEAN, Association of Southeast Asian Nations) wurde 1967 von Singapur, Malaysia, Thailand, den Philippinen und Indonesien mit dem Ziel der wirtschaftlichen Integration und Zusammenarbeit gegründet und ist mittlerweile eines der weltweit wichtigsten Beispiele für eine erfolgreiche regionale Integration. Die Mitgliederzahl ist nach den Beitritten von Brunei (1984), Vietnam (1995), Laos (1997), Burma (1997) und Kambodscha (1999) inzwischen auf zehn angewachsen. Seit dem Ende der neunziger Jahre hat der Kooperationsprozess noch einmal an Bedeutung und Tempo zugenommen. Zentraler Grund hierfür: der Aufstieg Chinas und Indiens zu Welthandelsmächten, der deutlich gemacht hat, dass sich die ASEAN politisch und wirtschaftlich nur durch weitere Integration behaupten kann.

Freihandelszone und gemeinsamer Binnenmarkt

Schon zu Beginn der neunziger Jahre hatten sich die ASEAN-Staaten im Grundsatz darauf geeinigt, eine Freihandelszone mit Zöllen zwischen 0 und 5 Prozent zu errichten. Am 1. Januar 2002 ist daraufhin die sogenannte AFTA (ASEAN Free Trade Area) in Kraft getreten. Seither wurden die Abgaben und Zolltarife innerhalb der ASEAN, vor allem von den Gründungsstaaten, für einen Großteil der Waren schrittweise gesenkt. Für dieses Jahr wird die vollständige Umsetzung der AFTA anvisiert.

Mit der Cha-am/Hua-Hin-Deklaration im März 2009 sind die ASEAN-Regierungschefs noch einen Schritt weiter gegangen und haben die Weichen zur Errichtung eines gemeinsamen Binnenmarktes gestellt. Bis 2015 soll ein ASEAN-Binnenmarkt geschaffen werden, der dann ein Bruttosozialprodukt von rund 2.000 Milliarden US-Dollar umfassen würde. Schon zuvor hatte die 2007 in Singapur unterzeichnete und im Dezember 2008 in Kraft getretene ASEAN-Charta der ASEAN als einer zwischenstaatlichen Organisation eine Rechtspersönlichkeit verliehen und

der ASEAN-Zusammenarbeit zusätzliche Impulse vor allem in den Bereichen Politik und Sicherheit sowie Kultur und Gesellschaft gegeben. Zudem enthält sie das Bekenntnis der ASEAN-Staaten zu Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und guter Regierungsführung und sieht die Bildung eines Menschenrechtsorgans vor.

ASEAN plus 3

Doch der Freihandel und die regionale Kooperation machen nicht an den Außengrenzen der ASEAN-Staaten halt. Im Rahmen des ASEAN+3-Forums, das 1999 als Antwort auf die Asienkrise ins Leben gerufen wurde, findet seit einigen Jahren ein Dialog zwischen den ASEAN-Staaten sowie den drei ostasiatischen Wirtschaftsmächten China, Japan und Südkorea statt, hauptsächlich im Bereich der Wirtschafts-, Handels-, Finanz- sowie der Währungspolitik. In diesem Rahmen wurden auch Vereinbarungen für neue Freihandelszonen getroffen.

Freihandelszone ASEAN-China

So ist zum 1. Januar 2010 die – gemessen am Handelsvolumen – drittgrößte Freihandelszone der Welt geschaffen worden, nach der Europäischen Union und

FREIHANDELSZONEN IM VERGLEICH

BEVÖLKERUNG (in Mio.)

EU-27	500
NAFTA	450
China+ASEAN-6	1.750 (davon China: 1.330)

BRUTTOINLANDSPRODUKT (in Bill. \$)

EU-27	18,4
NAFTA	16,9
China+ASEAN-6	5,7 (davon China: 4,4)

WARENHANDEL (in Bill. \$)

EU-27	4,0	5,9
NAFTA	1,0	2,0
China+ASEAN-6	0,2	2,2

■ davon Intra-Handel

Zahlen für 2008; Quellen: ASEAN, WTO.



IM FOKUS

dem Nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA. China und die sechs führenden Länder der zehn ASEAN-Staaten haben mit Beginn dieses Jahres gut 90 Prozent aller Zölle im gegenseitigen Warenverkehr gestrichen.

Schon jetzt sind China und seine asiatischen Nachbarn eng miteinander verknüpft. Im vergangenen Jahrzehnt hat sich der Handel zwischen der Volksrepublik und ASEAN auf fast 200 Milliarden US-Dollar versechsfacht, sodass das Handelsvolumen zusammen mit dem Handel innerhalb der ASEAN jetzt 470 Milliarden Dollar beträgt. Inzwischen ist China Südostasiens drittgrößter Handelspartner nach Japan und Europa und damit an den USA vorbeigezogen. Die Region kommt auf ein summiertes Bruttoinlandsprodukt von fast 6.000 Milliarden Dollar.

Bis 2015 sollen auch die Zölle auf die verbliebenen „sensitiven Güter“ auf höchstens noch 50 Prozent verringert werden. Schon seit 2005 arbeiten China und die sechs führenden Länder der ASEAN – Indonesien, Brunei, Malaysia, die Philippinen, Thailand und Singapur – am Abbau der Zölle. Vietnam, Burma, Kambodscha und Laos haben noch bis 2015 Zeit, die Einfuhrzölle für Waren aus der Region zu senken. Im Ganzen sollen die Einfuhrzölle für Güter aus China von 12,8 Prozent auf 0,6 Prozent sinken. Umgekehrt reduziert

Peking die Tarife im Schnitt von 9,8 auf 0,1 Prozent. Nicht berührt von dem jetzt in Kraft getretenen Handelsabkommen aber sind nichttarifäre Handelshemmnisse, die nach Ansicht von Fachleuten noch sehr viel mehr Spielraum für Senkungen böten. Denn die Zölle, die nun gestrichen wurden, lagen in den meisten Fällen ohnehin nur noch bei rund 5 Prozent.

Für China besonders interessant sind Rohstoffe wie Palmöl, Gummi, Holz oder Gas, die es aus den Ländern der ASEAN beziehen kann. Zugleich hofft Peking, sich dank des wachsenden Wohlstands Südostasiens einen gewissen Ausgleich für den langsamer wachsenden Absatz seiner Waren in Europa und Amerika zu schaffen. Die Öffnung der Märkte hat in einigen ASEAN-Staaten aber auch Sorgen geweckt, der ausländischen und speziell chinesischen Konkurrenz nicht gewachsen zu sein. So forderten Industrieverbände in Indonesien ein neues Abkommen, weil die heimischen Textil- und Stahlfirmen durch chinesische Importe vom Markt gedrängt würden. Ihr Vorwurf: China subventioniere die Herstellung vieler Güter, die jenseits der Grenzen oft unter dem Herstellungspreis verkauft würden. Als besonders gefährdet sehen die Indonesier den Textilsektor, Stahl und Elektronik an. Schon jetzt verzeichnen die sechs Länder Südostasiens ein Handelsdefizit mit China von fast 22 Milliarden Dollar.

Freihandelsabkommen mit Japan, mit Korea ...

Nicht nur mit der Volksrepublik China, auch mit Japan und Südkorea, den anderen beiden Partnern des ASEAN+3-Forums, strebt die ASEAN Freihandelszonen an bzw. hat entsprechende Abkommen bereits geschlossen. Im Falle Japans wurde Mitte 2008 der Abschluss eines multilateralen Abkommens erreicht, wobei Tokio darüber hinaus auch bilaterale Verträge mit den einzelnen Mitgliedsländern abschließt. Die Rahmenvereinbarung mit Südkorea stammt aus dem Jahr 2005 und sieht die etappenweise Umsetzung einer Freihandelszone in den nächsten Jahren vor.

... und mit Indien

Und schließlich hat auch Indien jüngst ein Freihandelsabkommen mit der ASEAN unterzeichnet. Mit Inkrafttreten des Abkommens zum 1. Januar 2010 werden bis 2016 die Zölle auf mehr als 80 Prozent der zwischen den Regionen gehandelten Güter schrittweise gesenkt und schließlich eliminiert. Hierunter fallen etwa die Zölle auf Elektronik, Chemikalien, Maschinen und Textilien, wohingegen eine Einigung über die Zölle auf Software und IT-Dienstleistungen zunächst nicht erzielt werden konnte. Bereits im ersten Jahr des Abkommens wollen Indien und ASEAN ihr Handelsvolumen von derzeit rund 40 Milliarden Dollar auf 50 Milliarden Dollar erhöhen.

Wird der ganze asiatische Kontinent nun zu einer riesigen Freihandelszone? Südostasien zumindest hat sich dank der Abkommen mit der Volksrepublik China, Japan, Indien und Südkorea, aber auch mit Australien und Neuseeland zur Kernregion einer Freihandelszone entwickelt, die die halbe Welt umspannt. ■

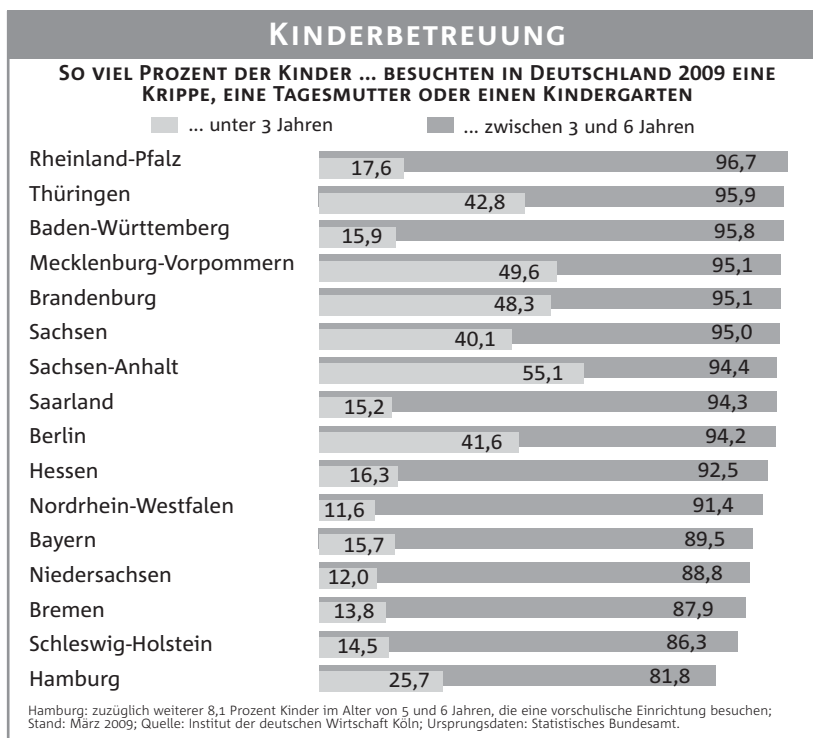
FRAGEN UND DISKUSSIONSSTOFF

- Warum erfolgt der Übergang zu einer Freihandelszone in verschiedenen Stufen und Etappen? Was unterscheidet eine Freihandelszone von einem gemeinsamen Markt, wie ihn die ASEAN-Staaten bis 2015 anstreben?
- Diskutieren Sie: Was bedeutet die wachsende Wirtschaftskraft vieler asiatischer Länder für Europa?
- Welche anderen Freihandelszonen bzw. regionale Bündnisse inner- und außerhalb Asiens kennen Sie noch? Wie weit sind dort die Integrationsbemühungen vorangeschritten?

NÄCHSTEN MONAT IM FOKUS: RISIKO ALTERSARMUT

Kinderbetreuung: Je früher desto besser?

Wissenschaftler haben herausgefunden, dass Jungen und Mädchen, die für einen längeren Zeitraum einen Kindergarten besucht haben, der Übergang auf ein Gymnasium oder eine Realschule eher gelingt als Nicht-Kindergartenkindern. Dabei spielt auch die Herkunft des Kindes eine Rolle, denn je geringer das Bildungsniveau der Eltern, desto sinnvoller ist es, so die Erkenntnis der Fachleute, dass der Nachwuchs vergleichsweise lange eine Kindertageseinrichtung besucht. In der Realität ist es allerdings so, dass die Kindergartenbesuchsrate mit abnehmendem Einkommen und Bildungsniveau der Eltern sinkt. Dies hat nicht zuletzt auch damit zu tun, dass sich untere Einkommensgruppen die Kita oft nicht leisten können und nicht jedes Bundesland die Gebühren nach dem Einkommen gestaffelt hat. Insgesamt ist der Anteil der Drei- bis Sechsjährigen, die einen Kindergarten oder eine Tagesstätte besuchen, signifikant höher als der Anteil der unter Dreijährigen, die in Kitas oder von Tagesmüttern betreut werden. Hier spielen auch die fehlenden Kapazitäten,



die bis 2013 aufgestockt werden sollen, eine Rolle. Auffällig ist der große Unterschied zwischen den westlichen und den

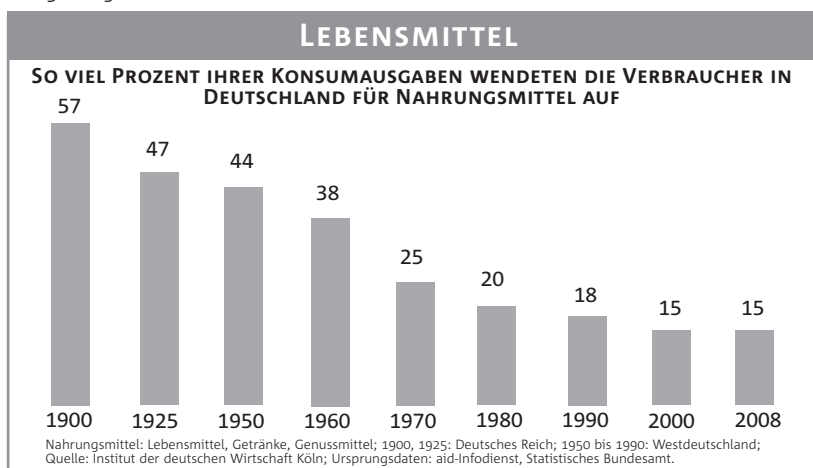
östlichen Bundesländern bei der Nutzung von Kinderbetreuungseinrichtungen für die Kleinsten. ■

Ausgaben für Lebensmittel

Werden die Ausgaben für Lebensmittel an den Gesamtausgaben für Konsumgüter gemessen, so sind sie über die letzten 100 Jahre betrachtet stark rückläufig. 1900 wendeten die Verbraucher in Deutschland 57 Prozent ihrer Konsumausgaben für Nahrungsmittel auf, wäh-

rend es im Jahr 2008 gerade noch 15 Prozent waren. Vor allem in den 20 Jahren des Wirtschaftswunders, zwischen 1950 und 1970, ist der Anteil signifikant zurückgegangen: von 44 auf 25 Prozent – eine Folge des in diesem Zeitraum deutlich gestiegenen Realeinkommens. In den

vergangenen Jahren hingegen hat sich der Anteil kaum noch verändert. 2008 wäre der Anteil wahrscheinlich geringer ausgefallen, hätten nicht landwirtschaftliche Erzeugnisse in jenem Jahr rund um den Globus einen kräftigen Preisschub verzeichnet. ■



Impressum

Herausgeber
 Bundesverband deutscher Banken, Berlin

Verantwortlich
 Inge Niebergall

Redaktion
 Dr. Henrik Meyer
 Annette Matthies (Assistenz)

Anschrift
 Schul|Bank
 Postfach 04 03 07 · 10062 Berlin
 Telefon (030) 16 63-15 21 · Fax (030) 16 63-15 19

Internet
 www.schulbank.de
 schulbank@bdb.de